

Wir fordern den Regierungsrat und den Kantonsrat des Kantons **Aargaus** auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen und Massnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass...

- 1. die Erklärung der **Menschenrechte Art. 26, Abs. 3** umgesetzt wird: „Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.“ Menschenrechte sind Rechte, die **unabhängig von den finanziellen Verhältnissen** in Anspruch genommen werden können.
2. die Autonomie von Schulen und Lehrpersonen und die Entwicklung vielfältiger Schulmodelle soll gefördert werden.
3. nichtstaatliche Schulen mit einer Schülerpauschale öffentlich finanziert werden, wenn sie ohne religiöse und ethnische Einschränkung den unentgeltlichen Zugang für alle Kinder gewährleisten.

Table with 5 columns: NAME / VORNAME, PLZ / WOHNORT, EMAIL- ADRESSE (fakultativ), UNTERSCHRIFT, JA\*. It contains four empty rows for data entry.

\*JA, ich möchte mehr Infos. Die Petition kann von allen Personen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und Wohnort kopiert, bestellt oder online www.elternlobby.ch unterschrieben werden. Auch nur eine Unterschrift ist willkommen!

Sp

Begründungen

1. Die Erziehungsberechtigten tragen die Gesamtverantwortung für das Wohl ihrer Kinder – auch in der Schule. Dazu brauchen sie entsprechende Entscheidungskompetenzen. Deshalb muss das Menschenrecht der freien Bildungswahl umgesetzt werden.

2. Viele engagierte Lehrkräfte geben täglich ihr Bestes für die Kinder. Trotzdem stösst die Volksschule in ihrem Bemühen, allen Kindern gerecht zu werden, an Grenzen. Beispiele: Jedes Jahr brechen ca. 5000 Jugendliche in der Schweiz die Schule ab. Der UNO-Kinderrechtsausschuss kritisiert, dass in der Schweiz zu viel ADHS diagnostiziert wird. Die unzureichende Schulbildung von rund 20% der Schulabgänger (OECD) kostet die Gesellschaft jährlich 1 Milliarde Franken (Studie des Bundes). Deshalb braucht es verschiedene Schulmodelle und den Zugang für jedes Kind.

3. In manchen Fällen kann eine nichtstaatliche Schule den Bedürfnissen der Kinder besser gerecht werden. Familien, die eine solche Schule wählen, zahlen doppelt: mit den Steuern die Volksschule und Schulgeld für die nichtstaatliche Schule. Deshalb braucht es öffentlich finanzierte Alternativen zu den staatlichen Regelschulen, sogenannte Freie Schulen.

OECD-Studie mit 180'000 Lernenden aus 27 Ländern: „Freie Schulwahl, Rechenschaftspflicht + Autonomie erhöhen die Schulqualität, Chancengerechtigkeit und Effizienz im Bildungswesen“.

Spenden elternlobby.ch 40-207631-4 Vermerk Petition



elternlobby aargau Sabina Hirt Schmittenweg 5 5707 Seengen